

Mitteilung
des Ministeriums der Justiz und für Europa

Bericht über aktuelle europapolitische Themen

Schreiben des Ministeriums der Justiz und für Europa vom 31. Juli 2018,
Az.: EU-9520/35:

Anbei übermittle ich Ihnen den Bericht an den Landtag über aktuelle europapolitische Themen.

Wolf
Minister der Justiz
und für Europa

Bericht an den Landtag von Baden-Württemberg
über aktuelle europapolitische Themen

2. Quartal 2018

I. Aktuelle europapolitische Themen	3
1. Zukunft der EU - Task Force Subsidiarität.....	3
2. Mehrjähriger Finanzrahmen (MFR)	6
3. Brexit	7
4. EU-Erweiterungspolitik.....	9
II. Europadialog der Landesregierung	10
III. Europapolitische Veranstaltungen	11
IV. Erweiterungsbau Landesvertretung Brüssel	16
V. Ausschuss der Regionen	16
VI. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit	17
VII. EU-Strategie für den Donaauraum und EU-Strategie für den Alpenraum	22
1. EU-Strategie für den Donaauraum (EUSDR)	22
2. EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP).....	22
VIII. Vier Motoren für Europa	23
IX. Europäische und internationale Zusammenarbeit / Auslandsreisen 24	
1. Reise des Ministerpräsidenten nach Serbien, Kroatien sowie Bosnien und Herzegowina vom 16. bis 20. April 2018	24
2. Reise des Ministerpräsidenten in die Schweiz am 21. und 22. Juni 2018	25
3. Reise von Minister Wolf nach Paris am 19. April 2018	26
4. Colmar-Besuch von Minister Wolf und Besichtigung der Gedenkstätte Hartmannsweilerkopf am 23. April 2018.....	27
5. Reise von Staatsrätin Erler und Staatssekretärin Schopper nach Albanien und Kosovo vom 13. bis 16. Mai 2018	27
6. Gemischte Regierungskommission Baden-Württemberg - Rumänien am 18. und 19. Juni 2018	29

7. Brüssel-Reise von Staatssekretärin Schopper am 6. und 7. Juni 2018	
31	
8. Brüssel-Reise von Staatssekretär Ratzmann am 15. Mai 2018	31
9. Zusammenarbeit mit Frankreich.....	32
X. Entwicklungspolitik	35

I. Aktuelle europapolitische Themen

Im zweiten Quartal des Jahres 2018 wurde die europapolitische Agenda weiter von der Diskussion über die Zukunft der EU und die Stärkung des Subsidiaritätsprinzips, die Verhandlungen für den Mehrjährigen Finanzrahmen 2021 bis 2027 sowie die fortlaufenden Brexit-Verhandlungen bestimmt.

1. Zukunft der EU - Task Force Subsidiarität

Die von Kommissionspräsident Juncker eingesetzte Task Force Subsidiarität hat ihre Arbeiten vorangetrieben. Die Landesregierung hat in der Kabinettsitzung am 15. Mai 2018 ihr Positionspapier mit „Empfehlungen des Landes Baden-Württemberg zur Task Force Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit“ angenommen. Das Papier orientiert sich an den drei Themenbereichen der Task Force. U.a. schlägt die Landesregierung bei der Anwendung der Subsidiaritätsgrundsätze konkrete Prüfungskriterien bei der Subsidiaritätsprüfung vor. Mit Blick auf die mögliche Rückübertragung von Entscheidungsbefugnissen regt sie an, dass die Kommission nur noch zurückhaltend von allgemeinen Ermächtigungsgrundlagen wie der Binnenmarkt-Klausel (Art. 114 AEUV) und der Kompetenzergänzungs-Klausel (Art. 352 AEUV) Gebrauch macht. Zur besseren Einbindung der regionalen und lokalen Behörden schlägt die Landesregierung Verbesserungen im Verfahren der Subsidiaritätsrüge vor, die auch den Interessen des Landtags dienen.

Herr Minister Wolf hat das Positionspapier an verschiedene Mitglieder der Task Force sowie den Landtag und die kommunalen Landesverbände versandt. Dem Vorsitzenden der Task Force, Kommissionsvizepräsident Timmermans konnte er das Papier im Rahmen einer politischen Sondersitzung des EU-Ausschusses des Bundesrates am 24. Mai 2018 persönlich übergeben. Neben der Task Force Subsidiarität diskutierten die Europaminister der Länder mit Vizepräsident Timmermans auch über das Thema Rechtsstaatlichkeit in der EU.

Die Bundesregierung und die französische Regierung haben mit der Erklärung von Meseberg vom 19. Juni 2018 ihre gemeinsamen Vorschläge für die Reform der EU vorgelegt. Die Vorschläge beziehen sich auf eine große Bandbreite von Themen von der Außen- und Sicherheitspolitik, über das Themenfeld Migration und Asyl, die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) bis hin zu institutionellen Fragen. So wird vorgeschlagen, im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik die Nutzung von Mehrheitsentscheidungen im Rat zu prüfen und über neue Formate wie einen europäischen Sicherheitsrat zu diskutieren. Die deutsche und die französische Regierung sprechen sich auch für eine Weiterentwicklung gemeinsamer militärischer Fähigkeiten aus. Ziel ist es, konkrete Fortschritte hin zu einer besser integrierten europäischen Verteidigung zu machen. Beide Regierungen fordern einen Neustart der EU-Migrationsagenda mit 3 Pfeilern: 1) Stärkere Zusammenarbeit mit Herkunfts- und Transitländern (Bsp. EU-Türkei); 2) besserer Schutz der EU-Außengrenzen durch Stärkung von Frontex; 3) Gemeinsames Europäisches Asylsystem mit einem „Kompromiss aus Verantwortung und Solidarität“. Zudem setzen sich Deutschland und Frankreich für die Bekämpfung der Sekundärmigration innerhalb der EU ein, insbesondere durch Verringerung der Anreize für Migranten und durch Stärkung der bilateralen Zusammenarbeit zwischen Mitgliedstaaten. Mittelfristig werden der Aufbau einer europäischen Grenzpolizei und die Einrichtung eines europäischen Asylbüros vorgeschlagen. Überdies soll eine Sicherheits- und Entwicklungspartnerschaft mit Afrika etabliert werden.

Die französische Regierung und die Bundesregierung halten am multilateralen Welthandelssystem und einer ehrgeizigen EU-Handelspolitik fest.

Beide Regierungen streben eine tatsächliche Steuerangleichung zwischen Deutschland und Frankreich im Bereich der Körperschaftssteuer an.

Hinsichtlich der Reform der WWU wird eine Änderung des ESM-Vertrags vorgeschlagen, um ein gemeinsames Auffanginstrument zu

integrieren. In einem zweiten Schritt soll der ESM in das EU-Recht überführt werden; dabei soll die Konditionalität das grundlegende Prinzip bleiben. Im Falle des Risikos von Liquiditätsengpässen von Euro-Mitgliedstaaten soll der ESM-Kreditrahmen genutzt werden. Beide Regierungen sprechen sich für einen Haushalt für die Eurozone im Rahmen des EU-Haushalts aus, der bei den Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 berücksichtigt werden soll. Der Eurozonen-Haushalt soll Investitionen in die Wettbewerbsfähigkeit und zur Annäherung der Volkswirtschaften finanzieren.

Deutschland und Frankreich wollen die baldige Einrichtung eines Pilotprojekts fördern, das bahnbrechende Innovationen innerhalb des verbleibenden Zeitraums von Horizont 2020 finanziert. Zudem planen sie die Einrichtung eines deutsch-französischen Zentrums für Forschung zur Künstlichen Intelligenz. Angestrebt wird auch die baldige Einrichtung der ersten „europäischen Universitäten“.

Beide Regierungen fordern eine ambitionierte Rolle der EU beim Klimaschutz. Dies soll u.a. mit einer EU-Strategie 2050 zum langfristigen Übergang zur CO₂-Neutralität in konkrete Maßnahmen umgesetzt werden.

Hinsichtlich der Reform der EU-Institutionen sprechen sich Deutschland und Frankreich für eine Reduzierung der Zahl der Kommissare und die Einführung von länderübergreifenden Listen für die Europawahlen ab 2024 aus.

Bewertung: Dass sich Deutschland und Frankreich auf Vorschläge zur EU-Reform geeinigt haben, ist ein wichtiges Signal an die EU-Partner. Die Meseberger Erklärung lässt hinsichtlich der konkreten Ausgestaltung viele Fragen offen. Eine einseitige Fixierung auf die Vorschläge zur WWU würde der Bedeutung dieser umfassenden deutsch-französischen Initiative nicht gerecht. Nun gilt es mit den europäischen Partnern auszuloten, in welchen Bereichen zeitnah eine Einigung erzielt werden kann.

2. Mehrjähriger Finanzrahmen (MFR)

Die Kommission hat am 2. Mai 2018 ihre Vorschläge für den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021 bis 2027 vorgelegt. Der Landtag wurde mit Drs. 16/4301 unterrichtet.

Im Nachgang hat die Kommission ihre Vorschläge für die Einzel-Verordnungen der Fonds und Programme vorgelegt.

Der Europäische Rat hat sich erstmals auf seiner Tagung am 28. / 29. Juni 2018 mit dem MFR 2021 bis 2027 befasst. Die Reaktionen fielen aufgrund der unterschiedlichen Interessenlage sehr gegensätzlich aus. So kritisierten einige Nettozahler die vorgeschlagene Anhebung des Haushalts auf 1,11 % des Bruttonationaleinkommens (BNE). Andere Mitgliedstaaten wandten sich gegen die geplanten Kürzungen im Bereich der Kohäsionspolitik. Ungarn und Polen kritisierten den Vorschlag der KOM für eine Verordnung über den Schutz des Haushalts der Union im Falle von generellen Mängeln in Bezug auf das Rechtsstaatsprinzip in den Mitgliedstaaten.

Der Bundesrat hat sich mit einer ausführlichen Stellungnahme (BR-Drs. 166/18 (B)) am 6. Juli 2018 positioniert.

Bewertung:

Der Kommissionsvorschlag ist ein guter Ausgangspunkt für die anstehenden Verhandlungen und stellt eine ausgewogene Mischung aus neuen Prioritäten, dem Erhalt bestehender EU-Politiken und notwendigen Einsparungen infolge des Brexit dar. Mit dem Eckpunktepapier der Landesregierung vom 30. Januar 2018 bestehen viele Übereinstimmungen, insbesondere bzgl. der vorgeschlagenen Erhöhungen für Forschung und Innovation, für Erasmus+, für das Management der EU-Außengrenzen, für den Bereich Asyl und Migration sowie für die Digitalisierung. Der Vorschlag für eine Verordnung über den Schutz des Haushalts der Union im Falle von generellen Mängeln in Bezug auf das Rechtsstaatsprinzip in den Mitgliedstaaten wird begrüßt. Das

Ziel der Kommission, die Verhandlungen bis zur Europawahl 2019 abzuschließen, wird im Sinne der Empfänger von EU-Mitteln geteilt, wenngleich bereits absehbar ist, dass dies sehr ambitioniert ist.

3. Brexit

Ein Durchbruch bei den Brexit-Verhandlungen ist im zweiten Quartal 2018 ausgeblieben. Nachdem schon Ende Februar 2018 der Entwurf eines Austrittsabkommens vorgelegt worden war, wurde im Berichtszeitraum über Einzelheiten dieses Entwurfs weiterverhandelt; er ist zwischenzeitlich zu gut 75% geeint. In den entscheidenden offenen Fragen (Verhinderung einer „harten“ nord-irisch/irischen Grenze, Durchführung und Überwachung des Abkommens, insbesondere Rolle des EuGH hierbei) konnte noch keine Einigung erzielt werden.

Der Europäische Rat (EU-27-Format) hat am 29. Juni 2018 Schlussfolgerungen zu den Brexitverhandlungen angenommen. Die EU-27 begrüßten die Fortschritte, betonten jedoch, dass wichtige Fragen nach wie vor ungeklärt seien. Besondere Sorge äußerten die Staats- und Regierungschefs darüber, dass noch immer keine signifikanten Fortschritte in der Frage der irisch/nord-irischen Grenze erzielt worden seien. Sie betonten, dass die Arbeiten beschleunigt werden müssten, damit eine politische Erklärung über den Rahmen für die künftigen Beziehungen verfasst werden könne.

Die britische Regierung hat am 12. Juli 2018 ein lang erwartetes Weißbuch veröffentlicht, in dem sie ihre Vorstellungen für die künftigen Beziehungen darlegt. Die britische Regierung strebt danach ein Assoziierungsabkommen mit der EU an. Im Kern steht eine Freihandelszone für Güter und Agrarprodukte. In diesem Bereich will sich das Vereinigte Königreich auch künftig an europäische Regeln und Produktstandards halten. Im Bereich der Dienstleistungen, die einen erheblichen Anteil der britischen Wirtschaft ausmachen, will die britische Regierung sich jedoch künftig nicht mehr den EU-Regeln unterwerfen. Zur Vermeidung von Grenzkontrollen schlägt die britische Regierung eine Zollerleichterungs-Vereinbarung vor: Für Importe aus Drittstaaten

sollen unterschiedliche Zollsätze erhoben werden, je nachdem, ob die Waren für das Vereinigte Königreich selbst oder den Weiterverkauf in der EU bestimmt sind.

Der seit Beginn der Verhandlungen schwelende Konflikt innerhalb der britischen Regierung hat sich nach Vorlage des Weißbuchs weiter verschärft. Sowohl Brexit-Minister David Davis als auch Außenminister Boris Johnson, beide Verfechter eines „harten“ Brexit, traten mit dem Hinweis zurück, sie könnten die neue Verhandlungslinie nicht glaubhaft vertreten.

Im Land hat das Ministerium der Justiz und für Europa in Zusammenarbeit mit den Ressorts ein erstes „Normenscreening“ durchgeführt. Dabei wurden alle landesrechtlichen Vorschriften ermittelt, die durch den Brexit möglicherweise betroffen sind, und es wurde geprüft, wo möglicherweise Anpassungsbedarf besteht. Im Rahmen der informellen Bund-Länder-AG Brexit erfolgt derzeit in Abstimmung mit den anderen Ländern und der Bundesregierung eine Bewertung, welche rechtliche Maßnahmen auf Bundes- und Landesebene geboten sind.

Bewertung:

Die bis zum Austritt verbleibende Zeit ist knapp bemessen. Es war deshalb höchste Zeit für nähere Angaben des Vereinigten Königreichs zum künftigen Verhältnis. Die Vorschläge im Weißbuch vom 12. Juli gehen jedenfalls in ihren Grundzügen in die richtige Richtung, da sie einen möglichst reibungslosen Warenverkehr im Blick haben. Dennoch bleiben auch wesentliche Fragen ungelöst: So erscheint eine Beschränkung auf Waren problematisch. Die EU hat stets betont, dass die vier Grundfreiheiten des Binnenmarkts untrennbar miteinander verbunden sind. Ein selektives Abweichen von EU-Regeln würde Wettbewerbsvorteile für Unternehmen aus dem Vereinigten Königreich bedeuten. Unklar ist außerdem, wie die Regeln künftig durchgesetzt werden sollen. Die Auslegungshoheit des EuGH für EU-Regeln und die Verbindlichkeit seiner Entscheidungen stehen nicht zur Disposition.

Bedenken bestehen auch hinsichtlich der praktischen Umsetzbarkeit der vorgeschlagenen Zollvereinbarung.

4. EU-Erweiterungspolitik

Die Europaministerkonferenz (EMK) hat auf ihrer Sitzung am 6. / 7. Juni 2018 in Brüssel u. a. einen Beschluss zum Verhältnis EU-Türkei gefasst. Der Beschluss geht auf die Initiative von Herrn Europaminister Wolf vom Herbst 2017 zurück. Darin stellt die EMK fest, dass insbesondere die Ereignisse 2016 und 2017 das Verhältnis der Türkei zu Deutschland und anderen EU-Mitgliedstaaten erheblich belastet haben. Damit entferne sich die Türkei immer weiter von den Grundwerten der EU. Für besonders besorgniserregend hält die EMK die Eingriffe in die Meinungs- und Pressefreiheit. Die EMK teilt die Einschätzung der Kommission, die in ihrer Mitteilung 2018 zur Erweiterungspolitik der EU darauf hinweist, dass „die Türkei sich erheblich von der EU wegbewegt [hat]“ und dies insbesondere auf die Entwicklungen im Bereich Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte bezieht. Die EMK begrüßt, dass die Bundesregierung ihre Türkei-Politik im Sommer 2017 neu orientiert hat und auch wirtschafts- und finanzpolitische Hebel nutzt. Die EMK begrüßt die bereits auf den Weg gebrachten Maßnahmen der Kommission zur Kürzung der Heranführungshilfe und spricht sich für eine stärkere Ausrichtung der Vorbeitrittshilfen (IPA II) auf Programme aus, die der Zivilgesellschaft in der Türkei und der Stärkung der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Grundrechte direkt zugutekommen. Aufgrund der beschriebenen Entwicklungen in der Türkei konstatiert die EMK, dass ein Beitritt der Türkei zur EU derzeit nicht absehbar sei. Die EMK fordert die Bundesregierung und die Kommission jedoch auf, den Dialog mit der Türkei fortzuführen.

II. Europadialog der Landesregierung

Der Europadialog der Landesregierung beruht auf drei Säulen: den Experten, die im Expertenforum und fünf spezifischen Fachforen zusammentreten, den Bürgerdialogen und öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen, mit denen der Europadialog in die Fläche getragen werden soll.

Fachforen im Rahmen des Europadialogs

Im Rahmen der ersten Säule des Europadialogs haben Mitte Juni 2018 rund 60 Experten in den Fachforen „Innovation“, „Jugend“, „Kommunen“, „Sicherheit“ und „Umwelt“ ihre Arbeit aufgenommen und die Zukunft der Europäischen Union jeweils aus einem fachspezifischen Blickwinkel diskutiert. Neben den Experten waren auch Fachleute aus den Ministerien als Beobachter in den Fachforen vertreten. Die Ergebnisse der Fachforen flossen auch in die Diskussionen des Expertenforums, das zum zweiten Mal tagte, ein. Die sich daraus ergebenden Impulse werden wiederum Gegenstand der nächsten Sitzung der Fachforen am 13. und 14. September sein.

Das letzte Expertenforum wird im November stattfinden.

Bürgerdialoge

Im Mai und Juni 2018 haben vier Bürgerdialoge im Rahmen der zweiten Säule des Europadialogs der Landesregierung stattgefunden:

- 19.05.2018: Bad Mergentheim
- 09.06.2018: Rastatt
- 23.06.2018: Ravensburg
- 30.06.2018: Tuttlingen

Ziel der Bürgerdialoge war eine sachliche Diskussion mit zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern über die Zukunft der EU, den weiteren Integrationsprozess und die Rolle der EU. In den Bürgerdialogen trafen sich einmalig 25, ansonsten über 50 zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger, um im Rahmen des Europadialogs des Landes Baden-Württemberg ihre Meinungen zu Europa einzubringen, mitei-

inander zu diskutieren und Ideen für die zukünftige Gestaltung der EU aus baden-württembergischer Sicht zu entwickeln. In den engagierten und konstruktiven Diskussionen zeigte sich insgesamt eine beeindruckend positive Grundstimmung gegenüber der EU, wenngleich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auch deutliche Kritik äußerten.

Im Juli 2018 startete zudem die angekündigte Online-Umfrage zum Europadialog als weitere Beteiligungsmöglichkeit.

Veranstaltungen in der Fläche

Im Rahmen der 3. Säule sind im Oktober und November 2018 Veranstaltungen unterschiedlichster Formate in allen vier Regierungsbezirken geplant (Ravensburg, Oberkirch, Aalen, Pforzheim).

III. Europapolitische Veranstaltungen

Bereits im Hinblick auf die Europawahl am 26. Mai 2019 geht das Ministerium der Justiz und für Europa mit zahlreichen Veranstaltungsformaten auf die Menschen in Baden-Württemberg zu, um sie für den europäischen Gedanken zu gewinnen und Informationen über die EU und ihre Bedeutung zu vermitteln.

Europaaktionstag am 4. Mai 2018

Am 4. Mai 2018 veranstalteten das Ministerium der Justiz und für Europa sowie weitere Kooperationspartner zum neunten Mal den Europaaktionstag auf der Königstraße in Stuttgart. Zahlreiche Besucherinnen und Besucher konnten sich in den Pavillons aller Kooperationspartner über europäische Themen informieren sowie ein vielfältiges Programm auf der Europabühne und einer ununterbrochen bespielten LED-Leinwand verfolgen. Neben Musikdarbietungen gab es politische Gesprächsrunden mit Minister Guido Wolf, EU-Kommissar Günther Oettinger, mit den zwei Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, Evelyne Gebhardt und Rainer Wieland, sowie Prof. Dr. Jörg Meuthen, Abgeordneter des Europäischen Parlaments.

Landtagsveranstaltung am 7. Mai 2018

Das Ministerium der Justiz und für Europa war auch in diesem Jahr an der vom Landtag organisierten Europajugendveranstaltung beteiligt. Unter dem Thema „Misch Dich ein“ konnten 17 Schulen an der Veranstaltung teilnehmen. Minister Wolf brachte sich dabei mit einer Rede zu aktuellen europapolitischen Themen aber auch den Möglichkeiten ein, die Europa den jungen Menschen eröffnet, und stellte sich den Fragen der anwesenden Schülerinnen und Schüler.

Preisverleihung Rede über Europa am 9. Mai 2018

Das Thema des diesjährigen 65. Europäischen Wettbewerbs lautete „Denk mal – worauf baut Europa?“. 13 Gewinnerinnen und Gewinner des Zusatzwettbewerbs „Rede über Europa!“ wurden am 9. Mai auf Einladung von Minister Guido Wolf geehrt. Die Ehrung fand in Anwesenheit von Familienangehörigen und Lehrkräften der Preisträgerinnen und Preisträger sowie von Landtagsabgeordneten und Vertretern der Ministerien und der Europa-Verbände statt.

EU-Schulprojekttag

Europaminister Wolf besuchte am 14. Mai 2018 die von der Schülermitverwaltung organisierten Thementage Europa der Heimschule Lender in Sasbach und diskutierte dort mit den Schülerinnen und Schülern über Europa. Sie hatten ein anspruchsvolles Programm erarbeitet, bei dem unterschiedliche Aspekte europäischer Demokratie, Gesellschaft, Integration und Kultur im Rahmen von Vorträgen, Diskussionen, Ausstellungen und Workshops behandelt wurden.

Kulturelles Veranstaltungsformat am 16. und 17. Mai 2018

Zum wiederholten Mal hat das Ministerium der Justiz und für Europa am 16. und 17. Mai 2018 im Rahmen seiner Europaöffentlichkeitsarbeit zwei Theatervorstellungen angeboten. Zu den Vorstellungen des Theaterstücks „Wie Europa gelingt. Eine EU-Familienaufstellung.“ von Katja Hensel kamen in Schwäbisch Gmünd knapp 90 und in Tübingen knapp 100 Personen.

Europatag der Hochschule Ravensburg-Weingarten am 12. Juni 2018

Europaminister Wolf folgte der Einladung zum Europatag der Hochschule Ravensburg-Weingarten am 12. Juni 2018 und nahm an der öffentlichen, regional beworbenen Veranstaltung teil. Zum Thema „Europäer/Europäerin gesucht. Wir sind Europa!“ gab Herr Minister Wolf in seinem Grußwort Impulse für die im Anschluss stattfindende Podiumsdiskussion.

Ausschreibung Fotowettbewerb

Das Ministerium der Justiz und für Europa hat gemeinsam mit der Regionalvertretung der Europäischen Kommission in München einen Fotowettbewerb ausgerufen und zur Einsendung der schönsten Bilder aus den EU-Mitgliedstaaten aufgefordert. Der Wettbewerb hat dieses Jahr das Leitthema „Wasser“. Einsendeschluss ist der 31. Juli 2018. Eine Jury wird 13 Bilder aussuchen, die in einem Fotokalender 2018 veröffentlicht werden. Den ausgewählten Fotografinnen und Fotografen winkt als Preis eine Studienreise nach Straßburg.

Hallstein-Seminar

Das Ministerium der Justiz und für Europa bietet im Rahmen der Veranstaltungen des Dynamischen Europapools für Führungskräfte des Landes in Kooperation mit der bayerischen Staatskanzlei alle zwei Jahre ein Seminar in Brüssel an (sog. Hallstein-Seminar). Ziel dieses Seminars ist die Stärkung der Europafähigkeit der Führungskräfte, die als Multiplikatoren wiederum die Europafähigkeit ihrer Mitarbeiter stärken sollen.

Am diesjährigen Hallstein-Seminar vom 5. bis 7. Juni 2018 in Brüssel nahmen insg. 38 Führungskräfte aus den Landesverwaltungen von Bayern und Baden-Württemberg teil.

Inhalte des diesjährigen Seminarprogramms waren u.a. Vorträge zu europapolitisch aktuellen Themen von Vertretern der Presse, Wirt-

schaft, NATO, EU-Kommission, des Rates der Europäischen Union und des Europäischen Parlaments.

Das Hallstein-Seminar bietet darüber hinaus auch die Gelegenheit, dass sich die Führungskräfte vor Ort mit den Nationalen Sachverständigen der jeweiligen Landesverwaltungen vernetzen und sich fachlich austauschen.

EU-USA-Veranstaltung am 16. Mai 2018 in der Landesvertretung Brüssel

Europaminister Wolf lud am 16. Mai 2018 zu der Veranstaltung "America first - Europe second, or last? zum Stand der transatlantischen Beziehungen und zur Zukunft der Außenpolitik der Europäischen Union" in die Landesvertretung Brüssel ein. In seiner Eröffnung betonte Minister Wolf die Bedeutung der Beziehungen EU-USA und insbesondere das Verhältnis USA-Deutschland; er unterstrich dabei die Bedeutung der USA als Wirtschaftspartner Baden-Württembergs wie auch die ausgeprägte Hochschulkooperation zwischen den USA und Baden-Württemberg. Weiter wies Minister Wolf auf Verbindendes hin, wie die gemeinsamen Werte. In der anschließenden Podiumsdiskussion diskutierten MdEP Elmar Brok, Botschafter Dr. Hans-Dieter Lucas (Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO) und Kristine Berzina (The German Marshall Fund of the United States, Brüssel) die verschiedenen Aspekte unter der Moderation von Udo van Kampen (ehem. Washington- und Brüssel-Korrespondent des ZDF). Angesprochen wurden die verschiedenen Stränge der aktuellen Entwicklung, wie die Handels-, die Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Die Veranstaltung zog über 250 Gäste an, darunter zahlreiche Mitglieder der deutschen AdR-Delegation.

Veranstaltung zur Regierungsbildung in Italien am 5. Juni 2018 in der Landesvertretung Brüssel

Vor dem Hintergrund des Ausgangs der Parlamentswahlen in Italien lud Minister Guido Wolf am 5. Juni 2018 zu der Podiumsdiskussion

„Quo vadis Italia?“ in die Landesvertretung Brüssel ein. Minister Wolf betonte in seiner Rede, dass bei zentralen Themen Lösungen gefunden werden müssten: in der Flüchtlingskrise und bei der Stabilisierung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU). Minister Wolf umriss verschiedene Lösungsansätze beim Thema WWU, unterstrich dabei aber, dass ein Grundsatz nicht zur Disposition stehen dürfe: „Haftung und Risiko müssen in einer Hand bleiben.“ MdEP Dr. Inge Gräßle (Vorsitzende des Haushaltskontrollausschusses), MdEP Herbert Dorfmann (Stellv. Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung), Dr. Fabio Colasanti (Generaldirektor der Europäischen Kommission a.D., Mitglied des Aufsichtsrat Rai Way, Italien) und Dr. Guntram B. Wolff (Direktor des Think-Tanks Bruegel, Brüssel) diskutierten unter Moderation der ausgewiesenen Italien-Expertin Sabine Seeger (EU-Korrespondentin) unter anderem die Frage, ob die drittgrößte Volkswirtschaft der Eurozone unter der neuen Regierung ein zuverlässiger Partner bleiben werde. Die Diskutanten äußerten sich wenig optimistisch, was die wirtschaftliche Zukunft Italiens angeht. Der Diskussionsveranstaltung folgten rund 250 Gäste.

„Europäischer Weinsommer“ am 19. Juni 2018 in der Landesvertretung Brüssel

Minister Guido Wolf eröffnete den traditionellen Sommerempfang in der Landesvertretung Brüssel vor mehr als 500 Gästen, darunter EU-Agrarkommissar Phil Hogan. Mit dem Titel „Europäischer Weinsommer“ sowie der jeweiligen Wahl der Partnerregion unterstreicht Baden-Württemberg seine europäische Grundausrichtung. 2018 war die französische Region Grand Est Partner. Minister Wolf unterstrich, dass Baden-Württemberg bei allen schwierigen politischen Fragen, die derzeit die Europäischen Union bewegen, auch eine positive Botschaft in Brüssel setzen wolle. Mit dem „Europäischen Weinsommer“ werbe die Landesvertretung auch für einen Besuch in Baden-Württemberg. An dem Abendempfang nahmen auch eine Delegation der FDP/DVP-Landtagsfraktion mit Herrn Fraktionsvorsitzendem Dr. Hans-Ulrich

Rülke sowie der Vorsitzende des Ausschusses für Europa und Internationales des Landtags von Baden-Württemberg, Willi Stächele, sowie zahlreiche Vertreter des EU-Parlaments, des diplomatischen Corps sowie der EU-Einrichtungen und weitere Gäste aus Baden-Württemberg teil.

IV. Sachstand Erweiterungsbau Landesvertretung Brüssel

Nachdem im März 2018 die Baugenehmigung der Region Brüssel-Hauptstadt erteilt wurde, konnte der Landesbetrieb Vermögen und Bau, Amt Mannheim-Heidelberg, den Generalunternehmer für das Bauprojekt „Erweiterung der Landesvertretung in Brüssel“ gewinnen. Strabag Belgien hat bereits die Arbeit aufgenommen und wird zunächst die Rückbauten vornehmen. Der Erweiterungsbau soll im Sommer 2020 fertiggestellt sein. Vorbereitend und ergänzend zum Erweiterungsbau werden in der Landesvertretung zwischen Mitte Juli und Anfang Oktober 2018 der Pfortenbereich umgestaltet und die Medientechnik - zum Erweiterungsbau kompatibel - ertüchtigt. In diesem Zeitraum wird in der Landesvertretung kein Veranstaltungsbetrieb möglich sein.

V. Ausschuss der Regionen

Die Plenartagung des Ausschusses der Regionen (AdR) am 16. und 17. Mai 2018 war geprägt von der Diskussion über die Vorschläge der Kommission zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2021 bis 2027 vom 2. Mai. Haushaltskommissar Oettinger erläuterte im Plenum die Vorschläge und stellte sich den Fragen und Anmerkungen der Mitglieder des AdR. Minister Guido Wolf machte in der Plenar-Debatte deutlich, dass die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien Voraussetzung für die Auszahlung von EU-Mitteln sein muss. Er unterstütze daher den Vorschlag von Kommissar Oettinger für eine Verordnung über den Schutz des Haushalts der Union im Falle von generellen Mängeln in Bezug auf das Rechtsstaatsprinzip in den Mitgliedstaaten. Angesichts der

vielfältigen, teils gegensätzlichen Wünsche gleiche der nächste Mehrjährige Finanzrahmen einer Quadratur des Kreises. Der Vorschlag der Kommission sei ein guter Ausgangspunkt und setze richtige Schwerpunkte bei Forschung, Jugendaustausch / Erasmus und Sicherheit. Prüfbedarf sehe er bei den Vorschlägen zum Euroraum und zu den Eigenmitteln.

Thema der Beratungen des AdR waren auch die laufenden Arbeiten der Task Force Subsidiarität der Kommission. Minister Wolf warb dafür, die Arbeiten der Task Force mit eigenen Beiträgen zu unterstützen. Die baden-württembergische Landesregierung habe auf seine Initiative hin ein Positionspapier mit Empfehlungen für die Arbeit der Task Force verabschiedet. Es gelte aber auch sicherzustellen, dass die Ergebnisse der Task Force zu konkreten Maßnahmen auf EU-Ebene führen.

Der Ausschuss der Regionen befasste sich auch mit den Folgen des Brexit für die Regionen und Kommunen. In einer Entschließung forderten die Mitglieder, auch die Auswirkungen auf die Regionen und Kommunen in den Blick zu nehmen. Ein weiterer Schwerpunkt der Tagung war die Stärkung der europäischen Identität durch Kultur. Hierzu fand eine Aussprache mit dem Kommissar für Bildung und Kultur Tibor Navracsics statt.

VI. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Interreg A „Oberrhein“

Am 14. Juni 2018 fand die 14. Sitzung des Begleitausschusses INTER-REG V A Oberrhein im Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum (DLR) in Neustadt an der Weinstraße statt. In einem schriftlichen Beschlussverfahren vom 13. bis 27. April 2018 wurden u.a. drei neue Projekte angenommen. Somit wurden bisher insgesamt 82 INTER-REG-Projekte (davon 20 Kleinprojekte) in die Förderung aufgenommen.

men. Die Mittelbindungsrate beläuft sich aktuell auf 58,06 % der dem Programm verfügbaren Gesamtmittel, dies entspricht 63,7 Mio. Euro aus 109,7 Mio. Euro.

Im Rahmen eines Kleinprojektaufrufs mit einem Gesamtvolumen von 1,2 Mio. Euro, über den u.a. Bürger- und Begegnungsprojekte gefördert werden können, konnten durch die genehmigten 20 Kleinprojekte bereits über 40 % der dafür zur Verfügung stehenden Fördermittel genutzt werden. Im Rahmen des dritten Projektaufrufs „Wissenschaftsoffensive“, der am 28. Mai 2018 endete, wurden insgesamt 18 Projektideen eingereicht.

Interreg A „Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein“

In der 11. Sitzung des international besetzten Lenkungsausschusses wurden von den Vertreterinnen und Vertretern der Partnerländer des Programms (Bayern, Baden-Württemberg, Vorarlberg, Schweiz und Fürstentum Liechtenstein) weitere Projekte zur Förderung ausgewählt. Für die grenzüberschreitenden Vorhaben sind Gesamtkosten in Höhe von 1,3 Mio. Euro eingeplant. Insgesamt werden damit in der laufenden Förderperiode 74 grenzüberschreitende Projekte gefördert. Darüber hinaus erhielten drei Projektskizzen die Zulassung zur zweiten Stufe des Antragsverfahrens. Auf EU-Seite wurden über 35 Mio. Euro an Fördermitteln, auf Schweizer Seite bisher rund 9,2 Mio. Euro bewilligt. Das Fürstentum Liechtenstein beteiligte sich bislang mit rund 670.000 Euro.

Am 18. Mai 2018 kam der Begleitausschuss in Schaanwald zu seiner vierten Sitzung in der laufenden Förderperiode zusammen. Die Durchführung der aktuellen Programmperiode sowie bereits erzielte Fortschritte und Erfolge wurden eingehend beleuchtet. Außerdem wurden die Vorbereitungen auf die kommende Förderperiode behandelt. So konnten sich die Mitglieder des Begleitausschusses ein Bild von den im vergangenen Jahr genehmigten 18 Projektanträgen mit einem Fördervolumen von 13,4 Mio. Euro machen. Einen Schwerpunkt bildeten dabei die sogenannten IBH-Labs, Hochschulprojekte, die dazu beitra-

gen sollen, die wissenschaftlichen Kompetenzen im Programmgebiet grenz- und hochschulartübergreifend zu bündeln sowie den Transfer zwischen Forschung, Unternehmen und weiteren regionalen Akteuren zu fördern. Breiten Raum nahmen in der Sitzung die auf vielen Ebenen laufenden Vorbereitungen für die kommende Förderperiode ab dem Jahr 2021 ein.

Zukunft der Interreg-Programme nach 2020

Ende Mai hat die Europäische Kommission die Entwürfe der Verordnungen für die kommende Förderperiode 2021-2027 vorgelegt. In der Folge wird es eine Analyse der Entwürfe geben, um die Auswirkungen etwaiger Rechtsänderungen auf die Interreg-Programme zu bewerten. Im Anschluss soll der Dialog mit der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament fortgeführt werden, um eine weiterhin angemessene Ausstattung der Interreg-Programme zu erreichen. Durch die Ermöglichung grenzüberschreitender Projekte weisen diese einen erheblichen europäischen Mehrwert auf. Im Entwurf des kommenden Mehrjährigen Finanzrahmens sind Kürzungen der Interreg-Programme vorgesehen. Das Staatsministerium hat mehrfach bekräftigt, dass die Kürzungen bei Interreg nicht gerechtfertigt seien.

Internationale Bodensee Konferenz (IBK)

Im Fokus eines Kaminesgesprächs am 27. April 2018 standen die organisatorische Weiterentwicklung und die zukünftigen strategischen Projekte der IBK sowie das Zukunftsthema „Digitalisierung und Bildung“. Die Regierungsvertreter der zehn Länder und Kantone trafen sich unter dem Vorsitz des Kantons Schaffhausen in Neuhausen am Rheinfall.

Nachdem die Regierungschefs im Dezember 2017 ein neues „Leitbild der IBK für die Bodenseeregion“ und strategische Stoßrichtungen für die kommenden fünf Jahre beschlossen hatten, wurde nun eine organisatorische Neuausrichtung der IBK vorgenommen. Dabei festigt die IBK ihr Selbstverständnis als politisches Dach für die Zusammenarbeit

der Länder und Kantone im Bodenseeraum. Zur besseren Umsetzung der Strategien wird der Ständige Ausschuss als Koordinationsgremium gestärkt und kann operative Beschlüsse nun eigenständig fällen. Ein wichtiges Anliegen der IBK ist es zudem, das Zusammenspiel aller Partner rund um den Bodensee zu verbessern. Sie möchte daher die Kooperationen mit anderen Gremien deutlich intensivieren. Mit Partnerorganisationen wie der Internationalen Parlamentarischen Bodenseekonferenz oder dem Städtebund soll dies in eigenen Vereinbarungen untermauert werden. Auch soll die facettenreiche Arbeit der IBK besser dargestellt werden, etwa durch die Veröffentlichung von Beschlüssen, Positionspapieren und Stellungnahmen auf der IBK-Webseite.

Zur konkreten Umsetzung der neuen Schwerpunkte sollen bis Ende 2018 neue Projekte zu Digitalisierung, Elektromobilität und zu den Themen Innovation sowie Raum und Verkehr ausgearbeitet werden. Neu werden unter dem Dach der IBK bodenseeweite Arbeitsgremien zu den Bereichen „Bewegung und Sport“ sowie zur „grenzüberschreitenden Hilfe in Katastrophenfällen“ eingerichtet. Mit Blick auf die Förderung des Zusammenlebens und der regionalen Identität wurde der Auftrag erteilt, den IBK-Kleinprojektfonds weiter zu entwickeln und ein Fachnetzwerk zur Jugendbeteiligung zu etablieren.

Schaffhausen will in seinem Vorsitzjahr unter dem Motto "Digitalisierung in der Bildung: auf Spurensuche rund um den Bodensee" der Frage nachgehen, wie Kindern und Jugendlichen digitale Kompetenzen vermittelt werden, die sie zu einer Berufskarriere und zum lebenslangen Lernen befähigen.

Im Rahmen des Strategiegesprächs der IBK-Regierungschefs am 29. Juni 2018 in Konstanz wurden insbesondere die im Rahmen des Kamin-gesprächs beauftragten Projekte für eine Digitalisierungsinitiative Bodensee und für grenzüberschreitende Elektromobilität im Bodenseeraum beraten und bewilligt. Darüber hinaus wurde das IBK-Budget mit Blick auf die Umsetzung der neuen Strategie vertieft beleuchtet. Das

diesjährige Strategiegelgespräch war inhaltlich eng verzahnt mit dem am selben Tag stattfindenden Wirtschaftskonzil.

Am 29. Juni 2018 fand im Bodenseeforum in Konstanz auch das Wirtschaftskonzil statt. Über 350 Teilnehmer aus dem Bodenseeraum diskutierten über grenzüberschreitende Ansätze und Lösungen für zentrale Fragestellungen wie Nachhaltigkeit, Digitalisierung und die Rolle Europas in einer veränderten Weltordnung. Impulse kamen auch von EU-Kommissar Günther Oettinger mit seiner Rede „Europa in Veränderung – Chance für eine starke Bodenseeregion“. Ministerpräsident Winfried Kretschmann diskutierte u.a. mit dem Schweizer Bundesrat Johann Schneider-Ammann über „Neue politische Ansätze in der Bodenseeregion“. Beide trafen sich am Rande der Veranstaltung auch zu einem bilateralen Austausch, um über die Teilnahme der Schweiz an ERASMUS+ und das Verhältnis der Schweiz zur Europäischen Union zu sprechen.

Hochrheinkommission (HRK)

Die Hochrheinkommission hat am 27. April 2018 anlässlich ihrer Vorstandssitzung ihre neue Strategie für 2018-2022 veröffentlicht. Schwerpunkte liegen in den Themenfeldern Begegnung, Tourismus, Mobilität sowie Bildung und Wissenstransfer. Als Auftakt zum Schwerpunkt Wissenstransfer fand am 21. Juni 2018 eine grenzüberschreitende Tagung statt, an der auch Ministerpräsident Kretschmann teilnahm. Der Themenschwerpunkt Bildung und Wissenstransfer wird von 2018-2020 vertieft behandelt. Dabei geht es um die Frage, wie sich das Wissen von Hochschulen besser von der regionalen Unternehmenslandschaft nutzen lässt und der Knowhow-Transfer zwischen Unternehmen und Wissenschaft grenzüberschreitend gestärkt werden kann.

VII. EU-Strategie für den Donaauraum und EU-Strategie für den Alpenraum

1. EU-Strategie für den Donaauraum (EUSDR)

Am 25. Mai 2018 fand in Sofia eine Sitzung der Nationalen Koordinatoren und der Schwerpunktbereichskoordinatoren der EUSDR statt. Hauptthema der Sitzung war ein Austausch über die Notwendigkeit einer Überarbeitung des Aktionsplans der EUSDR. Alle an der Strategie beteiligten Staaten sowie sämtliche Schwerpunktbereiche waren sich einig, dass der Aktionsplan von 2011 überarbeitet werden soll. Dabei geht es zum einen darum, den Plan an neue Herausforderungen anzupassen und dabei auch die Messbarkeit von Ergebnissen zu verbessern. Mit dem Beginn der Überarbeitung soll gewartet werden, bis der neue Danube Strategy Point seine Arbeit aufgenommen hat. Diesbezüglich läuft derzeit ein Auswahlverfahren im Rahmen des transnationalen Donaauraumprogramms. Auf die Ausführungen im Abschnitt Europäische und internationale Zusammenarbeit / Auslandsreisen, S. 24 ff., wird verwiesen.

2. EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP)

Auf Einladung von Frau Staatssekretärin Schopper fand am 13. April ein Gespräch von Vertreterinnen und Vertretern der verschiedenen Ministerien mit Repräsentanten des Landes Tirol, das derzeit die Präsidentschaft der EUSALP innehat, und der Europäischen Kommission, statt. Erörtert wurden u.a. Fragen der optimalen Besetzung der Aktionsgruppen im Hinblick auf eine erfolgreiche Umsetzung der Strategie oder die Einbettung der makroregionalen Strategien in die künftigen EU-Förderprogramme nach 2020.

Anlässlich des Austauschs stellte das Wirtschaftsministerium den Vertreterinnen und Vertretern der EUSALP-Präsidentschaft und der Europäischen Kommission die Arbeit der von Baden-Württemberg und Auvergne-Rhône-Alpes geleiteten Aktionsgruppe 2 „Entwicklung strategischer Sektoren“ vor. Ebenfalls präsentiert wurde der baden-

württembergische Beitrag zu einer Kommissionsmitteilung zur Umsetzung der makroregionalen Strategien in Europa.

VIII. Vier Motoren für Europa

Am 2. und 3. Mai 2018 nahm Frau Staatssekretärin Schopper am Programm des Ausschusses für Europa und Internationales in Mailand teil. Sie hatte dort Gelegenheit, dem neuen lombardischen Präsidenten Attilio Fontana das Programm der baden-württembergischen Präsidentschaft der Vier Motoren für Europa vorzustellen und ihn zur Jubiläumsveranstaltung am 3. Juli 2018 nach Stuttgart einzuladen. Weiterhin konnte sich die Staatssekretärin mit Mitgliedern des Europaausschusses des lombardischen Parlaments sowie Vertreterinnen und Vertretern der Deutschen Schule Mailand und der Deutsch-Italienischen Handelskammer austauschen.

Im Rahmen des Europaaktionstags am 4. Mai 2018 auf dem Schlossplatz in Stuttgart informierte das Staatsministerium Baden-Württemberg über das Netzwerk der Vier Motoren für Europa, die Themen und Aktivitäten der baden-württembergischen Präsidentschaft und beantwortete Fragen von interessierten Bürgerinnen und Bürgern. Die Resonanz war sehr positiv, allerdings zeigten sich Bürgerinnen und Bürger besorgt angesichts der Situation in Katalonien.

Am 30. Mai 2018 fand in Stuttgart ein Treffen der Koordinatorinnen und Koordinatoren der Vier Motoren für Europa statt. Die jeweils für die Steuerung der Vier Motoren-Arbeit in ihren Regionen zuständigen Koordinatorinnen und Koordinatoren besprachen dabei insbesondere die Umsetzung der verschiedenen Aktivitäten der baden-württembergischen Präsidentschaft. Weiterhin begannen sie die Entwicklung eines mehrjährigen Rahmenprogramms, das am Ende der Präsidentschaft Baden-Württembergs verabschiedet werden soll.

IX. Europäische und internationale Zusammenarbeit / Auslandsreisen

1. Reise des Ministerpräsidenten nach Serbien, Kroatien sowie Bosnien und Herzegowina vom 16. bis 20. April 2018

Mit einer hochrangigen Delegation besuchte Ministerpräsident Kretschmann Serbien, Kroatien und Bosnien-Herzegowina. Ziel der fünftägigen Reise war es, die Kooperationen in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur sowie Umwelt und Zivilgesellschaft weiter auszubauen. Politisches Ziel der Reise war, ein Signal der Unterstützung für die EU-Perspektive der Westbalkanstaaten zu setzen. Termine wurden in Belgrad, Novi Sad, Vukovar, Zagreb und in Sarajewo wahrgenommen. Begleitet wurde Herr Ministerpräsident von der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung, Gisela Erler, der Staatssekretärin im Staatsministerium Theresa Schopper, der Staatssekretärin im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Petra Olschowski, dem Staatssekretär im Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, Dr. Andre Baumann und der Staatssekretärin im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau, Katrin Schütz.

Zudem reisten die Abgeordneten Sandra Boser MdL (Grüne), Winfried Mack MdL (CDU), Carola Wolle MdL (AfD), Reinhold Gall MdL (SPD) und Jürgen Keck MdL (FDP/DVP) mit. Die Gesamt-Delegation bestand aus rd. 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die sich in eine Politische Delegation, eine Wirtschaftsdelegation, eine Wissenschafts- und Kulturdelegation, eine Delegation zivilgesellschaftliches Donauengagement und eine Pressedelegation eingruppierten.

Der Westbalkan ist wirtschaftlich und geostrategisch wichtig für Europa. Die politische Wahrnehmung der baden-württembergischen Delegation war äußerst positiv, so gab es u.a. politische Gespräche des Herrn Ministerpräsidenten bei Serbiens Staatspräsident Vučić, Kroatiens Ministerpräsident Plenković und dem Vorsitzenden des Staatspräsidiums Bosnien und Herzegowinas Izetbegović.

Vor Ort erhielt die Delegation hervorragende Einblicke in eine besonders vielfältige Region, in der vor 25 Jahren Krieg geführt wurde, in der die verschiedenen Ethnien das friedliche Zusammenleben wieder lernen mussten und die heute in die EU strebt. Einige ausgewählte Programmpunkte: Besichtigung ECOHUB Projekt „*Stattwerk Green Tower*“ in Belgrad, Gespräch mit Studierenden der Universität Novi Sad zum Thema „*Europa als Chance: Serbien – ein wichtiger Partner im europäischen Hochschul- und Forschungsraum der Zukunft*“, Gesprächsforum zum Thema „*Region im Wandel – Europa als Chance?*“ in Vukovar, Firmenbesichtigung des Start-up-Unternehmens Rimac Automobili in Kroatien, Frühstück mit Religionsvertretern „*Zusammenleben der Religionen/europäischer Islam*“ in Sarajewo.

Ein wichtiger Teil der Reise war das Programm für die Delegation „*Engagement im Donauraum und Zivilgesellschaft*“ unter Leitung von Frau Gisela Erler, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung, und Frau Staatssekretärin Schopper. Hierin gab es Termine in den Bereichen Donauengagement, Zivilgesellschaft, Roma und Migration, u.a. mit der Eröffnung eines Roma-Mütterzentrums in Belgrad sowie einem Workshop zum Thema Roma-Rückkehrer-Beratung in Novi Sad.

Im Rahmen der Reise konnten die fruchtbaren Kooperationen in der Gemischten Regierungskommission Baden-Württemberg und Serbien (18. / 19. April 2018) und in der EU-Donauraumstrategie weiter ausgebaut werden. Es wurden regionale und kommunale Partnerschaften vertieft, der wirtschaftliche Austausch gestärkt und die Zusammenarbeit zwischen Bildungseinrichtungen, Hochschulen, Kulturschaffenden und der Zivilgesellschaft vorangebracht.

2. Reise des Ministerpräsidenten in die Schweiz am 21. und 22. Juni 2018

Herr Ministerpräsident besuchte die Grenzkantone Schaffhausen und Aargau in Begleitung von Herrn Minister Hermann, Frau Staatsrätin Erler, Herrn Abgeordneten Kößler, Herrn Generalkonsul Steinmann, Herrn Ministerialdirektor Kleiner und Frau Regierungspräsidentin

Schäfer. Ziel der Reise war die Pflege der guten nachbarschaftlichen Beziehungen, mit einem Austausch insbesondere zu Verkehrsthemen (u.a. Hochrheinbahn, Bahnstrecke Stuttgart - Zürich), zur Atomendlagersuche in der Schweiz und dem Kernkraftwerk Beznau, zu den Themen grenzüberschreitender Wissens- und Technologietransfer sowie Industrie 4.0 und zu flankierenden Maßnahmen zum Freizügigkeitsabkommen EU - Schweiz.

Ein besonderer Fokus der Reise lag auf den sich positiv entwickelnden Aktivitäten der Hochrheinkommission, die anlässlich der Reise eine grenzüberschreitende Tagung zum Wissenstransfer ausrichtete. In Schaffhausen machte sich die Delegation ein Bild des autonom fahrenden Busses „Trapizio“ der Verkehrsbetriebe Schaffhausen, der direkt in das öffentliche Nahverkehrsnetz eingebunden ist. Beim Besuch der SWD AG Stator- und Robotertechnik in Densbüren/Aargau, eines Technologieführers bei der Entwicklung von hocheffizienten Elektrolechpaketen für den Elektromotorenbau, wurde mit Unternehmerinnen und Unternehmern die Praxis von Industrie 4.0 und die Möglichkeiten staatlicher Innovationsförderung diskutiert. Mit dem Aargau wurde die erfolgreiche Zusammenarbeit im Bereich von Demokratie und Bürgerbeteiligung bekräftigt: Die nächste gemeinsame Demokratiekonferenz soll am 28. und 29. November 2019 in Stuttgart stattfinden.

3. Reise von Minister Wolf nach Paris am 19. April 2018

Auf Einladung des Vorsitzenden des Ausschusses für Europäische Angelegenheiten des Senats, Herrn Jean Bizet, fand am 19. April 2018 eine gemeinsame Sitzung einer Delegation dieses Ausschusses und einer Delegation des Ausschusses für Fragen der Europäischen Union des Bundesrats statt. Europaminister Wolf führte als Vorsitzender des Europa-Ausschusses die Delegation des Bundesrates an.

Diskutiert wurden die Themen Zukunft der EU, der nächste Mehrjährige Finanzrahmen sowie Digitalisierung. Es bestand Einigkeit, dass die deutsch-französische Zusammenarbeit einer breiten parlamentarischen Grundlage bedürfe und sich auch die zweiten Kammern als Ver-

treter der Regionen und Gebietskörperschaften intensiv an der Debatte über die Zukunft der EU beteiligen sollen. Diesbezüglich wurde auch eine Gemeinsame Erklärung verabschiedet. Die beiden Ausschüsse haben ferner beschlossen, eine gemeinsame Arbeitsgruppe einzurichten, um mögliche Inhalte für eine Neufassung des Élysée-Vertrags zu erarbeiten. Die Neufassung soll im Laufe dieses Jahres zwischen Frankreich und Deutschland erarbeitet werden

4. Colmar-Besuch von Minister Wolf und Besichtigung der Gedenkstätte Hartmannsweilerkopf am 23. April 2018

Minister Guido Wolf besuchte am 23. April 2018 das Elsass. Dort führte er zunächst ein Gespräch mit der Präsidentin des Rats des Départements Haut-Rhin, Brigitte Klinkert, und dem Vorsitzenden des Europa-Ausschusses des Landtags, Willi Stächele, in Colmar. Ein Thema waren mögliche Inhalte der Neufassung des Élysée-Vertrags. Minister Wolf betonte, dass hier die Möglichkeit genutzt werden sollte, um gezielt Verbesserungen für die Menschen in den Grenzregionen zu erreichen, zum Beispiel durch einen grenzüberschreitenden Ausbau der Energienetze, eine deutsch-französische Infrastruktur für Elektromobilität oder deutsch-französische Berufsschulzentren. Auch die Eurodistrikte sollten eine Stärkung erfahren.

Im Anschluss stand ein gemeinsamer Besuch der Gedenkstätte Hartmannsweilerkopf auf dem Programm. Dort legten Minister Wolf und Präsidentin Klinkert einen Kranz mit der Aufschrift „Im Namen der deutsch-französischen Freundschaft“ nieder.

5. Reise von Staatsrätin Erler und Staatssekretärin Schopper nach Albanien und Kosovo vom 13. bis 16. Mai 2018

Staatsrätin Erler und Staatssekretärin Schopper reisten in Begleitung von Staatssekretärin Petra Olschowski sowie den Abgeordneten Barbara Saebel (Grüne) und Ramazan Selçuk (SPD) nach Albanien und in das Kosovo. Ziele der Reise waren die politische Flankierung von Berufsbildungsprojekten in Albanien und im Kosovo sowie die Informati-

ongewinnung in den Bereichen Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur, insbesondere vor dem Hintergrund zahlreicher Rückkehrerinnen und Rückkehrer aus Deutschland. Weitere Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Delegation waren u.a. Sigrid Roth-Berlin (Landesakademie Esslingen), der Honorarkonsul der Republik Albanien, Rezzo Schlauch, sowie die Konsulin der Republik Kosovo, Blerim Canaj und Besnik Miftaraj.

Vor Ort bekam die Delegation einen sehr guten Einblick in die dynamische Entwicklung beider Länder in den Bereichen Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur. Zudem konnte bei hochrangigen politischen Gesprächen u.a. mit Erion Veliaj (Bürgermeister von Tirana), Ramush Haradinaj (Premierminister Kosovo), Kadri Veseli (Parlamentspräsident Kosovo) und Behgjet Pacolli (Außenminister Kosovo) über Themen wie die EU-Beitrittsperspektive beider Länder oder die Visaliberalisierung für das Kosovo diskutiert werden. Staatsrätin Erler und Staatssekretärin Schopper bekräftigten vor Ort die Unterstützung Baden-Württembergs für den europäischen Weg Albaniens und des Kosovo.

In beiden Ländern konnte die Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung ausgebaut werden. Im Kosovo fördert das Staatsministerium in Zusammenarbeit mit der Landesakademie für Fortbildung und Personalentwicklung an Schulen seit November 2017 Fortbildungen für das Berufsschullehramt am Kompetenzzentrum in Skenderaj. Staatsrätin Erler und Staatssekretärin Schopper zeichneten dort Lehrerinnen und Lehrer aus, die erfolgreich an der Fortbildungsmaßnahme teilgenommen hatten.

In Albanien konnten erste Gespräche hinsichtlich der Anbahnung eines ähnlichen Projekts, u.a. mit der stellv. Ministerin für Wirtschaft und Finanzen, Albana Shkutra, geführt werden. Im Kosovo besuchte die Delegation das „Fellbach-Haus“, ein vorbildliches Projekt der Stadt Fellbach, die bereits kurz nach dem Krieg damit begann, eine Jugendbegegnungsstätte aufzubauen, welche heute jeden Monat etwa 300

Kindern konkrete Hilfestellung in den Bereichen Bildung, Versöhnungsarbeit, Friedenspädagogik und Berufsförderung anbietet.

In Prizren (Kosovo) besuchte die Delegation das Feldlager der Bundeswehr (KFOR) und informierte sich vor Ort über die aktuelle Lage sowie die geplante Nutzung des Feldlagers nach dem Abzug Ende 2018. Beim Besuch des deutschen Unternehmens „IQ to Link“ in Pristina standen berufliche Perspektiven der (jungen) kosovarischen Bevölkerung im Vordergrund. Die Delegation informierte sich über deren Strategie zur Gewinnung von Arbeitskräften, die aus ganz Europa stammen und gute Ausbildungen sowie Sprachkenntnisse mitbringen.

6. Gemischte Regierungskommission Baden-Württemberg - Rumänien am 18. und 19. Juni 2018

Zur weiteren Vertiefung der bilateralen Zusammenarbeit in den unterschiedlichsten Bereichen ist die Gemischte Regierungskommission zwischen Baden-Württemberg und Rumänien in Bukarest am 18. / 19. Juni 2018 zu ihrer neunten Sitzung zusammengekommen. Frau Staatsrätin Erler hatte in Vertretung von Frau Staatssekretärin Schopper den Co-Vorsitz inne. Die Gemischte Regierungskommission mit Rumänien besteht seit dem Jahr 2004. Die Sitzungen finden in einem zweijährigen Turnus abwechselnd in Rumänien und Baden-Württemberg statt.

Auf baden-württembergischer Seite waren Frau Staatsrätin Erler, Vertreterinnen und Vertreter aus den Ministerien des Landes, aus der Zivilgesellschaft und der Donauzusammenarbeit, aus der Baden-Württemberg-Stiftung sowie der Industrie- und Handelskammer Ulm nach Rumänien gereist. Neben dem Co-Vorsitzenden der rumänischen Seite, dem Minister für Wirtschaftsförderung, Handel und Unternehmertum von Rumänien Ștefan-Radu Oprea nahmen weitere Entscheidungsträger aus Politik, Verwaltung, Institutionen und Wirtschaft auf rumänischer Seite teil.

Gemeinsam wurde im Rahmen der Sitzung die Zusammenarbeit für die nächsten beiden Jahre definiert. Im Bereich der Wirtschaft verständigten sich die Partner auf eine breite Zusammenarbeit zur Verbesserung des gegenseitigen Investitionsklimas für baden-württembergische und rumänische Unternehmen. Dabei bekannten sie sich gemeinsam zu einer freien und regelbasierten europäischen und internationalen Handelsordnung als Garant für Wohlstand und Frieden.

Ebenfalls auf der Tagesordnung standen Projekte und Vorhaben zu Technologie, Innovation und Digitalisierung in der Wirtschaft. Die Innere Sicherheit und Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden beider Länder sind in die Aktivitäten in der EU-Strategie für den Donaunraum eingebettet. Positiv zu bewerten sind die bilateralen Aktivitäten in den Themenfeldern Bekämpfung der Organisierten Kriminalität und des Islamistischen Terrorismus, bei denen ein Wissens- und Erfahrungsaustausch polizeilicher Experten stattfindet. Zudem unterstützt Baden-Württemberg Rumänien bei der Einführung eines landesweiten Präventionskonzeptes, das mit der Einrichtung lokaler Präventionszentren einhergeht. Im schulischen Bildungsbereich wird die Unterstützung beim Deutschunterricht im Rahmen des Landeslehrerentsendeprogramms ebenso fortgeführt wie fachbezogene einwöchige Fortbildungen für rumänische Deutschlehrkräfte in Baden-Württemberg. Schülerinnen und Schüler haben weiterhin die Gelegenheit zur Zusammenarbeit und zum Austausch in virtuellen und realen Begegnungssituationen durch die Teilnahme an Projekten wie dem Donau-Online-Projekt und dem Donau-Jugend-Camp. Ein fachlicher Austausch zu Übergangssystemen und zum Einsatz digitaler Medien im Unterricht wird neu angelegt. Baden-Württemberg und Rumänien arbeiten im Bereich der Erneuerbaren Energien zusammen. Geplant ist, in den Gemeinden Lovrin und Gottlob ein Konzept zu entwickeln, um die vorhandenen geothermischen Quellen für ein umweltverträgliches und nachhaltiges Fernwärmenetzes aus geothermischen Ressourcen zu nutzen.

7. Brüssel-Reise von Staatssekretärin Schopper am 6. und 7. Juni 2018

Frau Staatssekretärin Schopper besuchte am 6. Juni 2018 die 12. europäischen Entwicklungstage in Brüssel. Diese sind nach Angaben der Europäischen Kommission das weltweit führende Forum für Entwicklungspolitik. Im Jahr 2018 standen die Tage unter dem Motto "Frauen und Mädchen an vorderster Front der nachhaltigen Entwicklung: Schützen, stärken, investieren".

Im Rahmen des Besuchs nahm Frau Staatssekretärin Schopper an einer vom Staatsministerium als Beitrag zum Programm der europäischen Entwicklungstage organisierten Podiumsdiskussion teil, auf der das Projekt „Sonderkontingent für besonders schutzbedürftige Frauen und Kinder im Nordirak“ des Landes Baden-Württemberg einem internationalen Fachpublikum vorgestellt wurde. An der Podiumsdiskussion nahmen die Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, Heidi Hautala, die Sacharow-Preisträgerin Lamija Adschi Baschar, Prof. Dr. Dr. Jan Ilhan Kizilhan, psychologischer Berater im Projekt *Sonderkontingent Nordirak*, Frau Alessia Corsini von der Generaldirektion Europäischer Katastrophenschutz und humanitäre Hilfe der Europäischen Kommission sowie Frau Dr. Angelika Poth-Mögele, Abteilungsleiterin für Europapolitik des Rates der Gemeinden und Regionen Europas, teil. Darüber hinaus führte Frau Staatssekretärin Schopper Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der Europäischen Kommission, wobei die Strategie der Europäischen Union zur Integration der Roma im Mittelpunkt stand.

8. Brüssel-Reise von Staatssekretär Ratzmann am 15. Mai 2018

Am 15. Mai traf sich Herr Staatssekretär Volker Ratzmann zu Gesprächen mit Vertreterinnen und Vertretern der Europäischen Institutionen zur Nachbereitung des Besuchs von Herrn Ministerpräsident am 29. und 30. Januar 2018 in Brüssel. Zeitgleich konnten am 15. Mai 2018 der Geschäftsführer der Landesagentur für neue Mobilitätslösungen und Automotive Baden-Württemberg, Herr Franz Loogen sowie Herr

Abteilungsleiter I im Staatsministerium, Florian Stegmann, Vertreterinnen und Vertretern der Europäischen Institutionen erstmalig den Strategiedialog Automobilwirtschaft vorstellen.

9. Zusammenarbeit mit Frankreich

Am 12. April 2018 reiste Ministerpräsident Kretschmann in Begleitung von Wissenschaftsministerin Theresia Bauer nach Straßburg. Er unterzeichnete dort gemeinsam mit dem Präsidenten der Region Grand Est, Jean Rottner, und der Rektorin der Académie de Strasbourg (Außenstelle des französischen Bildungsministeriums) eine gemeinsame politische Absichtserklärung zur Weiterentwicklung des Europäischen Verbunds für territoriale Zusammenarbeit „Eucor - The European Campus“ zu einer Europäischen Universität und führte politische Gespräche mit hochrangigen französischen Regierungsmitgliedern. Mit der Initiative greifen die beteiligten Universitäten des Universitätsverbunds „Eucor“ auch die Idee des französischen Präsidenten Emmanuel Macron zur Gründung „Europäischer Universitäten“ auf.

In Gesprächen mit der französischen Europaministerin Nathalie Loiseau und dem Staatssekretär im französischen Ministerium für Umwelt und Nachhaltigkeit Sébastien Lecornu, in dessen Zuständigkeit der Zukunftsprozess rund um das AKW Fessenheim fällt, wurden in Straßburg die euroapolitischen Strategien und Maßnahmen Baden-Württembergs und Frankreichs sowie der Zukunftsprozess Fessenheim diskutiert. Beide Seiten verständigten sich darüber, dass der Reaktivierung der Bahnstrecke Colmar-Freiburg in diesem Prozess eine besondere Bedeutung zukäme, und sagten zu, gemeinsam bis Sommer 2018 eine Machbarkeitsstudie zu der Bahnstrecke auf den Weg zu bringen.

In einem weiteren Gespräch mit dem Präsidenten der Région Grand Est standen die Zusammenarbeit und weitere Kooperationsmöglichkeiten zwischen Baden-Württemberg und der Region im Bereich Industrie 4.0 im Vordergrund. An dem anschließenden Pressegespräch nahmen

auch die Präsidenten der Allianzen Industrie 4.0 aus Baden-Württemberg und Grand Est teil und bekundeten ihr Interesse zu einer engeren Zusammenarbeit.

Der für den Zukunftsprozess Fessenheim zuständige französische Staatssekretär Sébastien Lecornu lud am 19. Januar und 13. April 2018, infolge des o. g. Gesprächs von Herrn Ministerpräsidenten mit Europaministerin Nathalie Loiseau und Staatssekretär Sébastien Lecornu in Straßburg zum Lenkungsausschuss „Zukunftsprozess Fessenheim“ ein. Für Baden-Württemberg nahm Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer an den Sitzungen teil. Gemeinsam mit den beteiligten Gebietskörperschaften, darunter auf französischer Seite der französische Staat, die Region Grand Est, das Département Haut-Rhin und die Kommunen und auf deutscher Seite der Bund, das Land Baden-Württemberg und der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald, wurden folgende Schwerpunkte diskutiert:

- Energiesicherheit und Ausbau der Region „als Vorreiter der Energiewende“: Region soll Vorreiterregion für regenerative Energien werden,
- Ausgleich für Wegfall von Arbeitsplätzen schaffen,
- Steuerlicher Ausgleich für die 4 betroffenen Gebietskörperschaften für 3-5 Jahre angedacht,
- Vorbereitung einer Gesetzesänderung zur Freistellung vom Beitrag zum nationalen Garantiefonds für die Gemeinde Fessenheim (bis zu 3 Mio. Euro),
- Deutsch-Französische Gewerbegebiete, Gewerbeansiedelungen („zone franche“), z. B. durch Neuansiedlungen im Bereich der Wissenschaft und Forschung auf Flächen nördlich von Fessenheim,
- Infrastruktur, grenzüberschreitende Direktanbindung Colmar-Freiburg,
- Arbeitsmarkt und Ausbildung – Chancen des deutschen Marktes.

Die nächste Sitzung des Lenkungsausschusses ist für September 2018 angekündigt. Die Landesregierung wird sich bemühen, abhängig

von der Terminsetzung, eine hochrangige Wahrnehmung des Termins zu ermöglichen.

Auf Einladung des Präfekten der Region Grand Est Jean-Luc Marx wurde darüber hinaus zum 31. Mai 2018 ein deutsch-französischer Lenkungsausschuss mit fachlichen und politischen Sitzungen zu einer Machbarkeitsstudie zu der Bahnstrecke Colmar-Freiburg initiiert. Die teilnehmenden Partner beschlossen gemeinsam, bis Sommer 2018 eine multimodale Machbarkeitsstudie in Auftrag zu geben, deren Kosten hälftig von deutscher und französischer Seite getragen werden. Auch die Landesregierung von Baden-Württemberg wird sich an der Finanzierung beteiligen.

Frankreich-Konzeption

Mit einer „Frankreich-Konzeption“ beabsichtigt die Landesregierung die bereits bestehende, erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich bzw. Baden-Württemberg und Grand Est sowie Auvergne-Rhône-Alpes (Partner im Netzwerk der Vier Motoren für Europa) weiter auszubauen und zu vertiefen. Die Konzeption wird diskursiv mit deutschen und französischen Akteuren auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene entwickelt. In einem ersten Schritt fanden hierzu bereits 2017 drei grenzüberschreitende Bürgerdialoge statt, deren Ergebnisse in die Frankreich-Konzeption der Landesregierung einfließen sollen. In diesem Sinne wurden die Ergebnisse der Bürgerdialoge bei der Auftaktveranstaltung des Staatsministeriums zur Frankreich-Konzeption im Neuen Schloss berücksichtigt, zu der Frau Staatsrätin Eler am 27. November 2017 eingeladen hatte. Auf Grundlage der Veranstaltungsergebnisse und in Zusammenarbeit mit den Ressorts wurden im Rahmen von den folgenden, deutsch-französisch besetzten Experten-Workshops, erste Themenblöcke weiter vertieft:

- 27. März 2018: Städtepartnerschaften, Information und Kommunikation
- 14. Mai 2018: Verkehr und Mobilität
- 8. Juni 2018: Wissenschaft

- 11. Juni 2018: Gesundheit
- 18. Juni 2018: Berufliche Bildung

Ziel der Workshops ist es, strategische Ziele, Handlungsempfehlungen und Projektideen zu identifizieren und diese soweit zu konkretisieren, dass daraus im Anschluss konkrete Maßnahmen abgeleitet werden können.

X. Entwicklungspolitik

Die Umsetzung der Entwicklungspolitischen Leitlinien und der Welt-nachhaltigkeitsziele (SDG) stand auch im zweiten Quartal des Jahres 2018 im Mittelpunkt der entwicklungspolitischen Arbeit des Staatsministeriums.

Die Messe FAIR HANDELN vom 5. bis zum 8. April 2018 bildete einen Höhepunkt für alle entwicklungspolitischen Akteure. Am Vorabend fand auf Einladung von Frau Staatssekretärin Schopper im Staatsministerium ein Unternehmergegespräch mit dem weltweit renommierten EZ-Kritiker James Shikwati aus Kenia statt. Der kommunale Tag und das anschließende kommunale Spitzengespräch beleuchteten den unverzichtbaren Beitrag von Städten und Gemeinden für die Entwicklungszusammenarbeit. Am Hochschultag kamen über 100 Studierende und Lehrende zusammen, um die globale Verantwortung der Hochschulen bei der Umsetzung der Agenda 2030 für Baden-Württemberg zu konkretisieren. Beim Burundi-Treffen versammelten sich die in der Partnerschaft engagierten Initiativen, um die Unterstützung der Partnerinnen und Partner vor Ort in der politischen Krise auszuloten. Unternehmerinnen aus Burundi stellten dort und auf der Messe ihre Arbeit und ihre Produkte vor.

Schließlich diskutierten bei der Entwicklungspolitischen Landeskonferenz über 250 Teilnehmende die entwicklungspolitische Agenda der kommenden Monate mit einem besonderen Fokus auf dem migrantisches Engagement im Land. Insgesamt kamen über 90.000 Besuche-

rinnen und Besucher auf die Nachhaltigkeitsmessen (30.000 davon gezielt auf die FAIR HANDELN).

Der Schwerpunkt migrantisches Engagement wurde zusammen mit dem Bund und der Landeshauptstadt bei der Fachtagung "Entwicklungszusammenarbeit und Migration - Stuttgarter Migrantinnen und Migranten: Brücken bauen, heimisch sein" am 27./ 28. April 2018 weiter vertieft.

Bei den *European Development Days* am 5. und 6. Juni 2018 in Brüssel stellte das Staatsministerium zusammen mit der Stiftung Entwicklung-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ) die Entwicklungspolitik des Landes anhand des Engagements in Burundi und Dohuk vor.

Ebenfalls mit der SEZ und in Kooperation mit der Agentur für Wirtschaft und Entwicklung, einer vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gegründeten Einrichtung, warb das Staatsministerium erstmals auch auf der Messe *GLOBAL CONNECT* am 21. und 22. Juni 2018 für die Entwicklungspolitik und insbesondere für die Partnerschaft mit Burundi.